

„Bau der Linie 4 führt ins finanzielle Chaos“

Meyer und Rossol stellen Antrag zur Einstellung

Von Peter Hanuschke

Lilienthal. CDU-Ratsherr Christoph Meyer und Einzelbewerber Harald Rossol machen gemeinsame Sache: Sie beantragen die sofortige Einstellung der weiteren Planung und die Bauausführung der Straßenbahnlinie 4. Einen entsprechenden Ergänzungsantrag haben sie für die morgige Ratssondersitzung, die um 18 Uhr beginnt, gestellt.

Die Begründung ihres Antrags liegt für Rossol und Meyer im Kern „an der mangelnden Finanzierbarkeit der Straßenbahnverlängerung durch die Gemeinde Lilienthal sowie an der nichtgegebenen Wirtschaftlichkeit des Betriebs der Linie 4.“ Untermauern wollen die beiden Ratsvertreter ihre Sichtweise durch drei Modell-Investitionsrechnungen, die sie morgen während der Sitzung vorstellen – die Modelle basieren laut Rossol und Meyer auf Daten und Annahmen der Gemeinde und Berechnungen der Bremer Straßenbahn AG.

Bei Modell I müsse die Gemeinde mit jährlichen Gesamtfolgekosten einschließlich Zinsen in Höhe von 501.000 Euro rechnen. Der Gesamtfehlbetrag nach 30 Jahren summiere sich auf 26,7 Millionen Euro. Bei Modell II korrigieren Rossol und Meyer die Daten um die nicht-zuwendungsfähigen Kostenbestandteile für eine 1,7 Kilometer lange Schienenstrecke. Dabei rechnen sie mit jährlichen Gesamtfolgekosten einschließlich Zinsen für die Gemeinde in Höhe von 1,227 Millionen Euro. Daraus ergebe sich ein Gesamtfehlbetrag nach 30 Jahren von 82,5 Millionen Euro. Bei Modell III berücksichtigen die beiden Ratsvertreter zusätzlich den Streckenkilometerpreis, den Bremen auch aus ihrer Sicht bei vergleichbaren Projekten zugrunde lege. Jährliche Gesamtfolgekosten einschließlich Zinsen: 1,267 Millionen Euro. Der Gesamtfehlbetrag belaufe sich nach 30 Jahren auf 157,9 Millionen Euro. Bei allen drei Modellberechnungen haben Meyer und Rossol darauf verzichtet, Tilgung und Abschreibungen zu berücksichtigen.

Dies habe seinen Grund, da es darüber seitens der Gemeinde ebenfalls keine Angaben gebe. Dieses Versäumnis bestätige die beiden Ratsherren in ihrer Meinung, „dass in dem gesamten Planungsverfahren zur Linie 4 über wesentliche Parameter keine Aussa-

gen gemacht werden.“ Es fehlten völlig Angaben darüber, ab wann und in welcher Höhe die Gemeinde eine notwendige Tilgung der aufgenommenen Kredite für die Linie 4 plane. Die finanzierende Bank werde auf jeden Fall eine jährliche Tilgung fordern. „Darüber hinaus werden Abschreibungen auf das Anlagevermögen nicht erwähnt, obwohl bei Einsatz der Doppelten Buchführung Abschreibungen zwingend vorgenommen werden müssen.“ Das Weglassen von Abschreibungen verhindere zudem, dass die Gemeinde nach Ablauf von 30 Jahren ohne angesparte Mittel vor einer zwingenden Neuinvestition der Linie 4 stehe und keine erneuten Zuschüsse von Bund und Land generieren könne.



Sitzt für die CDU im Rat: Christoph Meyer.

führen würde. „Die Gemeinde ist heute schon mit nahezu 70 Millionen Euro verschuldet.“ Die Kosten des zweiten Bauabschnitts der Entlastungsstraße werde die Verschuldung nochmals deutlich erhöhen.

In ihrer Stellungnahme kommen die Linie-4-Gegner unter anderem zu dem Schluss, dass die Verwaltung nicht in der Lage sei, auch nur „einen einzigen nachvollziehbaren rationalen Grund für die Linie 4“ zu nennen. Es werde von ihr nur behauptet, dass die Verkehrsprobleme nur in Kombination Umgehungsstraße und Straßenbahn gelöst werden könnten – ignoriert werde bei dieser Argumentation der alternative gut funktionierende ÖPNV-Busverkehr.

Zur Standardisierten Bewertung stellen Meyer und Rossol fest: „Ein gravierender Fehler ist allein dadurch gegeben, dass das zusätzliche Fahergastaufkommen bei Realisierung der Linie 4 mit 57 Prozent viel zu hoch angesetzt ist, insbesondere deshalb, weil die Regionalbusse weiterhin eine schnelle Verbindung herstellen.“ Nicht berücksichtigt sei darin auch eine von der Verwaltung selbst in Auftrag gegebene Fallstudie zum demografischen Wandel in Lilienthal. Diese Studie komme zu dem Ergebnis, dass gerade Schüler und Berufstätige bis zum 40. Lebensjahr, die verstärkt den ÖPNV nutzten, bis zum Jahr 2020 dramatisch abnehmen. „Diese Fallstudie wurde im März 2008 fertiggestellt, aber erst im Februar 2009 dem Rat bekannt gegeben.“



Ratsherr Harald Rossol ist fraktionslos.